



Christine Vogler
Präsidentin des Deutschen Pflegerats

Editorial

Gemeinsam stark

Das Jahr 2025 brachte wichtige Veränderungen. Der Gesetzgeber erkannte, dass Pflegefachpersonen ihre Kompetenzen voll nutzen müssen und erweitert ihre Befugnisse. Zudem wurde das Pflegefachassistenteneinführungsgesetz verabschiedet. Diese Schritte schaffen klare Rollenprofile und einen verlässlichen Kompetenzmix.

Die Langzeitpflege steht vor großen Herausforderungen. Sie zeigt, wie unverzichtbar pflegerische Versorgung ist und dass sie verlässliche Rahmenbedingungen braucht, die über Finanzierungsfragen hinausgehen. Gleichzeitig bleibt die Diskussion um die Krankenhausreform aktuell.

Für den DPR ist klar: Zukunftsfähige Reformen brauchen eine starke pflegefachliche Perspektive. Die Pflegeprofession muss in Entscheidungen zur Versorgungsgestaltung, Qualität, Personalentwicklung und interprofessionellen Zusammenarbeit einbezogen werden.

Die Aufgaben bleiben riesig: bessere Arbeitsbedingungen, eine klare Strategie für die demografische Entwicklung, erlebbare Digitalisierung und echte Perspektiven in allen Versorgungsbereichen.

2026 wird (mal wieder) ein Schlüsseljahr. Es geht um die Umsetzung der Befugnisserweiterung und die Ausgestaltung des Assistenzgesetzes, klare Rahmen für APN-Rollen, eine tragfähige Langzeitpflege und die Krankenhausreform. Dies gelingt, wenn überall die pflegerische Kompetenz konsequent einbezogen wird.

2025 hat gezeigt, dass Pflege zusammen mit Politik gestalten kann. 2026 muss zeigen, dass dieser Weg weiter beschritten wird. Der DPR arbeitet dafür auch künftig mit Haltung, Expertise und gemeinsamer Stärke seiner Mitgliedsverbände.

Ich wünsche Ihnen ein gutes und kraftvolles Jahr 2026. Bleiben Sie zuversichtlich, seien Sie stolz auf Ihre Arbeit. Danke, dass Sie jeden Tag zeigen, was Pflege möglich macht.

Christine Vogler
Präsidentin des Deutschen Pflegerats



In Kooperation mit

Heilberufe
Pflege einfach machen.

IM FOKUS

Expertise des DPR

Die Fachkommissionen des DPR zählen zu den zentralen Säulen unserer Arbeit – effizient und getragen von fundiertem Wissen aus Pflegepraxis, Pflegewissenschaft und Management. Sie vereinen die Expertise der Profession, analysieren Versorgungsrealität und entwickeln Positionen mit Gewicht. Ihre Arbeit macht den DPR zu einer der wirksamsten Organisationen im Gesundheitswesen. Zugleich sind sie eine gelungene Form der Beratung im politischen Umfeld und Voraussetzung für einen erfolgreichen Beratungsdiskurs.

Derzeit bündelt der DPR seine Stärke in acht Kommissionen: Pflegebildung und Pflegewissenschaft, Gegenwart der Langzeitpflege, Zukunft der Langzeitpflege, Pflegepersonalbedarfsermittlung in Krankenhäusern, Digitalisierung in der Pflege, Aufnahme der Rechte von Menschen mit Pflegebedarf ins Grundgesetz, Gesundheitskompetenz und Exzellenzentwicklung in der Pflege. Weiter vereint der Runde Tisch für alle, die pflegen, viele Institutionen der An- und Zugehörigen beim DPR.

Alle Kommissionen gestalten u.a. moderne Bildungswege, treiben die wissenschaftliche Weiterentwicklung voran und formulieren starke pflegefachliche Positionen. In der Langzeitpflege untersuchen sie die aktuellen Bedingungen und entwickeln Strategien für eine menschenwürdige Versorgung. Die Digitalisierungskommission legt Grundlagen für Interoperabilität und die sichere Nutzung pflegerischer Daten.

Zusammen stehen die Kommissionen für das, was den DPR ausmacht. Sie zeigen die Stärke der Profession – und wie der DPR sie täglich gemeinsam mit seinen Mitgliedern voranbringt.

Pascale Hilberger-Kirlum
Vize-Präsidentin des Deutschen Pflegerats

DPR beschließt Kodex zum Umgang mit Extremismus

Orientierung für das Handeln

Der Deutsche Pflegerat (DPR) hat einen Kodex verabschiedet, der den Umgang des Verbandes mit extremistischen Parteien und Organisationen verbindlich regelt.

Der DPR reagiert mit dem Kodex auf zunehmende gesellschaftliche Polarisierungstendenzen und macht transparent, nach welchen Maßstäben er politische Anfragen, Einladungen und öffentliche Auftritte bewertet. Der Kodex definiert klare Standards für die Kommunikation, interne Abläufe und das Handeln von Gremien und Mitarbeitenden.

„Unsere Arbeit basiert auf Menschlichkeit, Respekt und Verantwortung“, betont DPR-Präsidentin Christine Vogler. „Diese Haltung prägt auch unseren Austausch mit politischen und kooperierenden Akteuren. Wir suchen den Dialog mit demokratischen Parteien und In-

stitutionen, ziehen aber eine klare Grenze gegenüber Kräften, die Menschenwürde, Vielfalt und Rechtsstaat infrage stellen.“ Der Kodex legt fest, dass extremistische Parteien und Organisationen zwar formal korrekt behandelt werden, weitergehende Formen der Zusammenarbeit und gemeinsame öffentliche Auftritte jedoch ausgeschlossen sind.

Dafür steht der Kodex

Der Deutsche Pflegerat ist überparteilich, demokratisch verfasst und menschenrechtsorientiert. Wir stehen für Gleichberechtigung, Vielfalt, Diskriminierungsfreiheit und eine offene Gesellschaft. Unser Handeln richtet sich nach

diesen Werten aus. Der DPR-Verhaltenskodex zum Umgang mit extremistischen Parteien und Organisationen umfasst die Themen:

- Öffentliche Kommunikation
- Interne Regeln
- Kontaktaufnahme
- Mindeststandards im parlamentarischen Raum
- Politische Grundsätze

Grundsätze im Alltag umsetzen

Konkret beschreibt der Kodex, wie der DPR seine Grundsätze im Alltag umsetzt: Anfragen werden dokumentiert und einheitlich beantwortet, Mitarbeitende und Gremien erhalten Orientierung für ihr Handeln und öffentliche Stellungnahmen bleiben fachlich-sachlich und eindeutig in der Abgrenzung zu antidemokratischen Positionen. Damit schafft der Verband eine klare Linie, die nach innen schützt und nach außen verlässlich macht, wofür der Deutsche Pflegerat steht – und wofür nicht.

Orientierung an den Menschenrechten

Der DPR unterstreicht, dass Pflege eine Werteprofession ist: Sie arbeitet mit und für Menschen – unabhängig von Herkunft, Identität, Religion oder sozialem Status. Genau diese Haltung spiegelt der Kodex wider. „Pflege lebt von Vertrauen, Achtung und einer klaren Orientierung an den Menschenrechten“, so Vogler. „Deshalb ist es unsere Verantwortung, uns deutlich an die Seite der Demokratie zu stellen und uns gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit abzugrenzen.“

Der Kodex gilt für die Arbeit des Deutschen Pflegerats und steht der Öffentlichkeit als Orientierung zur Verfügung. Zu finden ist er als Positionspapier zum Download auf der Homepage des DPR (Suchwort „Kodex“).

Bundesrat stoppt Befugnisserweiterung und Entbürokratisierung

Zwangspause für das Gesetz: Deutscher Pflegerat warnt vor Stillstand

Die lange erwartete Befugnisserweiterung in der Pflege liegt erneut auf Eis. Die Länder haben das Gesetzesvorhaben vorerst gestoppt. Der Deutsche Pflegerat (DPR) zeigt sich fassungslos und spricht von Verantwortungslosigkeit.

Der Bundesrat hat Ende November das Gesetz zur Befugnisserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege gestoppt und wegen des im Gesetz angehängten Sparpakets zur gesetzlichen Krankenversicherung den Vermittlungsausschuss angerufen. Damit verzögert sich eine der wichtigsten Reformen der Pflegeprofession erneut. Der Deutsche Pflegerat reagiert besorgt.

Auf Eis gelegt wegen fachfremder Angelegenheit

DPR-Präsidentin Christine Vogler erklärt: „Das lässt uns völlig fassungslos zurück. Über die überfällige Pflegekompetenzerweiterung wird in Deutschland seit Dezember 2023 intensiv gerungen. Der Bundestag hat das Gesetz inzwischen verabschiedet und in den Ländern findet es breite Zustimmung – jetzt liegt das BEEP wegen einer fachfremden Angelegenheit auf Eis.“

Das ist politisch verantwortungslos gegenüber der Berufsgruppe Pflege. Auch in der Versorgung von Millionen Patientinnen, Patienten und pflegebedürftigen Menschen kommen wir keinen Schritt weiter, wenn wir wichtige Strukturreformen so behandeln wie dies jetzt passiert ist.“

In einem Omnibusverfahren wurde im laufenden Gesetzgebungsverfahren durch einen fachfremden Änderungsantrag eine Gesetzesänderung aufgenommen und mit dem ursprünglichen Gesetz verknüpft, die jetzt den Kern des Gesetzes blockiert.

Vogler weiter: „Ich erwarte, dass alle Beteiligten im Vermittlungsverfahren das große Ganze sehen und sich nicht von Partikularinteressen leiten lassen. Wir brauchen die rasche Umsetzung der

Befugnisserweiterung für die Profession und für die Stabilität unserer gesamten pflegerischen Versorgung.“

Versorgungssicherheit gefährdet

Für die Pflege bedeutet die Blockade mehr als eine Verzögerung im parlamentarischen Verfahren. Sie trifft unmittelbar die Versorgungssicherheit. Deutschland steckt längst in einer Versorgungskrise. Ohne die Befugnisserweiterung bleiben notwendige Aufgaben und Entscheidungen blockiert – mit Folgen für die Behandlung und Unterstützung von Patient*innen und pflegebedürftigen Menschen.

Wenn die pflegerischen Kompetenzen weiter nicht umfassend genutzt werden, steigen die Kosten für die Pflege- und Krankenkassen in den kommenden Jahren noch stärker. Strukturelle Engpässe verschärfen sich, und die Versorgung wird anfälliger. Genau dem sollte das Gesetz zur Befugnisserweiterung und Entbürokratisierung entgegenwirken: durch mehr Handlungsfähigkeit, weniger Bürokratie und effizientere Abläufe direkt am Menschen.

Der DPR fordert ein klares Signal des Vermittlungsausschusses: Die Modernisierung der pflegerischen Kompetenzen darf nicht durch fachfremde Konflikte blockiert werden. Sachthemen müssen klar voneinander getrennt werden. Die Pflege braucht Planungssicherheit – und die Bevölkerung eine stabile, verlässliche Versorgung.

Zum Druckschluss dieser Ausgabe der PflegePositionen hat der Vermittlungsausschuss noch keinen Beschluss gefasst.

deutscher-pflegerat.de

NEWS

Mindestlöhne in der Altenpflege steigen

Der Mindestlohn in der Altenpflege soll bis Mitte Juli 2027 um rund fünf Prozent angehoben werden. Das geht aus einer Mitteilung des Bundesgesundheits- und Sozialministeriums hervor. Demnach einigte sich die Pflegekommission einstimmig auf eine Anhebung der Mindestlöhne für die Beschäftigten. Laut Ministerien soll die Lohnerhöhung bis zum 1. Juli 2027 in zwei Schritten erfolgen. Für Pflegehilfskräfte empfiehlt die Kommission bis 2027 eine Anhebung auf 16,95 €, für qualifizierte Pflegehilfskräfte eine Anhebung auf 18,26 € und für Pflegefachkräfte auf 21,58 €, je pro Stunde.

Der Pflegemindestlohn gilt für alle stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen. Die neue Mindestlohnregelung soll vom 1. Juli 2026 bis zum 30. September 2028 gelten. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales will die Empfehlung der Pflegekommission per Verordnung umsetzen.

bmas.de

Teure stationäre Pflege

Im Bundesdurchschnitt zahlen Heimbewohner*innen im ersten Jahr ihres Aufenthalts monatlich 2.948 € für Pflege, Unterkunft und Verpflegung sowie Investitionskosten aus eigener Tasche. Das geht aus einer Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) hervor. Wie hoch die Selbstkosten ausfallen, variiert stark. Das gilt sowohl innerhalb eines Bundeslands als auch zwischen Bundesländern. Auffällig ist ein Stadt-Land-Gefälle: In Ballungsräumen wie München (3.375 €) oder Stuttgart (3.427 €) sind Heimplätze überdurchschnittlich teuer. Dagegen schneiden ländliche Regionen in Ostdeutschland – beispielsweise das Jerichower Land in Sachsen-Anhalt (2.321€) – deutlich günstiger ab.

iwkoeln.de

NEWS

Berufsgesundheit verbessert sich

Der Berufsgesundheits-Index (BeGX) der BGW und der Deutschen Rentenversicherung zeigt erstmals seit 2019 eine leichte Verbesserung, vor allem durch das Ende der pandemischen Lage. Dennoch bleibt die Belastung für Pflegefachpersonen hoch. In der Altenpflege steigt der Index auf 94 Punkte (+4), in der Krankenpflege auf 86 Punkte (+9). Die Ressourcen entwickeln sich leicht positiv zu 2023. Die Zufriedenheit mit dem Einkommen steigt: In der Altenpflege von 114 auf 125, in der Krankenpflege von 101 auf 111 Indexpunkte. Schlechter steht es um die Zufriedenheit mit der Arbeit: Der Wert sinkt für die Altenpflege zum dritten Mal in Folge auf 86 (-6), in der Krankenpflege steigt er minimal auf 98 (+1). Auch die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich: In der Altenpflege auf 119 (-4), in der Krankenpflege um 10 Punkte auf 102. Wechselnde Arbeitszeiten, befristete Arbeitsverträge und Überstunden prägen den Berufsalltag und erschweren planbares Arbeiten.

Die Arbeits- und Erwerbsfähigkeit steigt und bleibt dennoch auf niedrigem Niveau. In der Altenpflege von 25 auf 68 Punkte, in der Krankenpflege von 7 auf 49 Punkte. Hauptgrund für den Anstieg ist der seltenere Verdacht auf eine Berufskrankheit. Im „Medien-Meinungsklima“ dominieren in der Altenpflege negative Schlagzeilen zu Pflegeversicherung, Fachkräftemangel und Insolvenzen. Die Krankenpflege steht stabiler da: Altenpflege 94 Punkte (-24), in der Krankenpflege liegt er bei 99 Punkte (+2).

bgw-online.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegerat (DPR) Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Inhalt: Christine Vogler (verantwortlich)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
(„Haus der Gesundheitsberufe“)
Tel.: 030 398 77 303; Fax 030 398 77 304
www.deutscher-pflegerat.de

„Pflege Positionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE.

Verlag: Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 827875500, Fax: 030 827875505

Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505
www.springerpflege.de

Rolle der Pflegeprofession stärken

DAK-Report: Pflegesystem steht am Kipppunkt

Die Ergebnisse einer Umfrage zum Pflegesystem im Auftrag der DAK Gesundheit zeigen klar die Erwartungen, Ängste und Herausforderungen der Bevölkerung. Demnach sehen 72 Prozent die Finanzierung der Pflegeversicherung als nicht gesichert an.

Das Institut für Demoskopie Allensbach befragte gemeinsam mit Prof. Dr. Thomas Klie, Rechtswissenschaftler und Sozialexperte, über 4.400 Menschen zwischen 16 und 75 Jahren in Deutschland. DAK-Vorstandschef Andreas Storm zu den Resultaten: „Wir stehen in der Pflege an einem Kipppunkt: Das Vertrauen der Menschen in das Pflegesystem ist äußerst gering und droht wegzubrechen. Viele Menschen nehmen das System als schlecht, ungerecht und überfordernd wahr.“

Große Sorge um verlässliche Pflegeversorgung

Die Mehrheit der Menschen sieht zudem die Pflegeversorgung gefährdet: 62 Prozent der Befragten empfinden diese als nicht gut oder gar nicht gut, 46 Prozent gehen davon aus, dass sich die Situation in den kommenden zehn Jahren weiter verschlechtert. Die größten Probleme sehen die Befragten bei der Finanzierung: 70 Prozent nennen an erster Stelle die hohen Kosten für Pflegebedürftige und ihre Familien bei stationärer Pflege. Es folgen mit 68 Prozent der Personalmangel und fehlende Pflegekräfte. Mehr als die Hälfte der Befragten nennen belastende Arbeitsbedingungen als größtes Problem des Pflegesystems (54 Prozent).

Bei der Reform der Pflege halten 67 Prozent die Gewährleistung einer fachpflegerischen Begleitung von Pflegebedürftigen und ihrer An- und Zugehörigen für sehr wichtig. Für die Sicherung der Zukunft der Pflege fordern 87 Prozent, dass Pflegefachpersonen eine zent-

rale, eigenverantwortliche Rolle bei der Pflege übernehmen. Dies bei entsprechender Qualifikation auch, ohne dass bei Heilkundaufgaben die Anordnung eines Arztes nötig ist (69 Prozent).

Hohes Zutrauen in die Pflege

Pflegefachpersonen sind der Schlüsselfaktor für die Sicherstellung der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung, heißt es im DAK-Report weiter. Auf die Frage: „Was trauen Sie einer geschulten Pflegefachperson zu“ stehen dabei vor allem die Themen Hygiene, körperliche Versorgung, Anleitung und Begleitung, Feststellung der pflegerischen Unterstützung und Beratung zur Pflege wie auch Empathie mit jeweils über 80- und bis zu 90prozentiger Zustimmung auf den vorderen Plätzen. Zutrauen zum Erkennen gesundheitlicher Risiken, die Übernahme der Verantwortung für die gesamte Pflegesituation und das Auskennen in der Heilkunde haben über 50 Prozent und bis zu 80 Prozent der Befragten.

Andreas Storm macht deutlich: „Obere Priorität“ müsse es sein, „Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die zumindest den Einstieg in eine nachhaltige Finanzierung und eine zukunftsfeste Pflegeinfrastruktur sicherstellen. Ein Scheitern wäre verhängnisvoll und würde zu einem großen Vertrauensverlust in die politische Handlungsfähigkeit führen“.

dak.de